

## **Landtagsrede 14.12.2016 zum Haushalt 2016/2017 Bereich Europa und Verbraucherschutz**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Neben dem Bereich der Justiz beinhaltet der Einzelplan 04 auch die Bereiche Europa und Verbraucherschutz. Der Verbraucherschutz ist für uns, für die rot-rote Koalition, eine wichtige Säule für mehr Lebensqualität. Der Verbraucherschutz ist eben kein Randthema. Daher stärken wir auch hier mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 weiterhin den Verbraucherschutz in Brandenburg.

Das bedeutet ganz konkret Folgendes. Erstens: Im Verbraucherbereich sind zu Recht

viele Kontrollen im Interesse der Verbraucher notwendig, zum Beispiel beim Thema Lebensmittelsicherheit. Daher muss der Veterinärbereich im Verbraucherschutzministerium

und im zuständigen Landesamt für die notwendigen Anforderungen und Herausforderungen

entsprechend gut aufgestellt sein.

(Wichmann [CDU]: Ist er nicht!)

- Werter Kollege Wichmann, wären Sie in den Haushaltsberatungen im Verbraucherschutzsausschuss

anwesend gewesen, hätten wir gern diese Debatte führen können,

aber Sie waren eben nicht anwesend. Wir haben hier als Koalition unsere Pflicht getan.

Ich kenne keinen Antrag der CDU-Fraktion bezüglich einer Erhöhung der Stellenzahl.

(Wichmann [CDU]: Wir brauchen keine Erhöhung!)

Wir haben dagegen als Koalition im Verbraucherschutzbereich weitere Personalstellen neu eingefügt.

Zweitens: Mit dem Haushalt legen wir auch eine wichtige Grundlage für die Umsetzung

des Landtagsbeschlusses zum Volksbegehren gegen Massentierhaltung. Der

Beschluss von April dieses Jahres besagt unter anderem, dass ein hauptamtlicher Tierschutzbeauftragter bzw. eine hauptamtliche Tierschutzbeauftragte berufen und

tätig werden soll. Genau dies tun wir mit diesem Haushalt. Wir haben im Entwurf der

Landesregierung genau diese Stelle gehabt. Auch haben wir eine zusätzliche Sekretariatsstelle gehabt. Zudem haben wir in den Haushaltsverhandlungen jetzt noch zusätzlich eine weitere Stelle für die Stärkung der Arbeit des Tierschutzbeauftragten bzw. der Tierschutzbeauftragten eingefügt, um eine gute, arbeitsfähige Einheit zu haben, die sich - dem Antrag entsprechend, der hier im Landtag beschlossen wurde - um das Thema kümmert und dieses tatsächlich umsetzt.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD)

Drittens: Die Verbraucherberatung ist ein wichtiger Grundpfeiler einer starken Verbraucherpolitik.

Hier leistet unter anderem unsere brandenburgische Verbraucherzentrale sehr gute Arbeit. Auch hier halten wir als rot-rote Koalition Wort und haben die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. aufgestockt und Verpflichtungsermächtigungen eingefügt, die eine mehrjährige Finanzierung auch tatsächlich ermöglichen.

Des Weiteren sind wir auch in den Beratungen des Verbraucherausschusses auf die Anregung der Verbraucherzentrale eingegangen, hier eine Erhöhung der Einstufungen

im Stellenplan vorzunehmen, um der Verbraucherzentrale auch tatsächlich die Chance zu geben, mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die vorhandenen Herausforderungen

in der Verbraucherzentrale in Zeiten der Digitalisierung, in Zeiten, in denen mehr Rechtsformen vorhanden sind, mehr Rechtsfragen zu klären sind und mehr Rechtssetzung da ist, aber auch die Herausforderung, dass weiterhin eine Verbraucherberatung

vor Ort zu realisieren ist, durch die Höhereinstufung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tatsächlich zu bewältigen.

Viertens: Ein Thema, das mir und uns in der Koalition ganz besonders wichtig ist, ist das Thema des gesunden Essens für unsere Jüngsten im Land. Wichtig ist dabei insbesondere, dass es uns gelingt, eine qualitativ hochwertige, bezahlbare Schul- und Kitaverpflegung voranzubringen. Hier haben wir gemeinsam - dafür bin ich wirklich sehr dankbar - mit diesem Doppelhaushalt die ersten wichtigen Akzente gesetzt,

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD)

indem wir unter anderem im Einzelplan 04 mit jährlich 250 000 Euro tatsächlich in

die Umsetzung der Qualitätsoffensive Schulverpflegung gehen.

An dieser Stelle möchte ich mich recht herzlich beim Verbraucherschutzministerium und beim Bildungsministerium bedanken, die mit ihrer Tafelrunde, die sie hier eingeführt

haben, tatsächlich alle Akteure aus diesem Bereich - ob es Schule, Lehrer, Caterer waren oder eben auch die Kommune - an einen Tisch geholt und gemeinsam diskutiert haben, wo die Herausforderungen liegen, und vor allem gemeinsam - das ist für uns auch wichtig - Ideen, Vorschläge und Maßnahmen erarbeitet haben, wie es uns gelingt, ab dem nächsten Jahr ganz reale Maßnahmen einzuführen und umzusetzen,

wie vor Ort in den Schulen bzw. in den Einrichtungen die Qualitätsoffensive Schulverpflegung gestartet und umgesetzt werden kann.

Verbraucherschutz und Europa gehören eng zusammen, das wissen wir. Wir wissen, die meisten verbraucherschutzrelevanten Verordnungen und Richtlinien werden auf europäischer Ebene verabschiedet. Aber - auch das ist uns bewusst - Europa ist mehr als Verbraucherschutz. Das ist uns auch in Brandenburg bekannt und wichtig.

Daher bekennen wir uns ganz klar dazu, dass wir in Brandenburg als Brandenburgerinnen

und Brandenburger zu diesem Europa und zur Europäischen Union gehören, dies für uns aber auch eine Verantwortung in Brandenburg bedeutet. Insbesondere als ein Bundesland, welches an Polen grenzt und hier über Jahre eine gute, vertiefte Zusammenarbeit pflegt, haben wir die Verpflichtung, im europäischen Kontext zu agieren und entsprechend Akzente zu setzen.

Die Verbindungen und Beziehungen zum polnischen Nachbarn sind uns wichtig, weshalb wir sie weiterhin auf Augenhöhe weiterentwickeln wollen. Hier gibt es insbesondere

in die einzelnen Woiwodschaften sehr enge Beziehungen. Ja, auch uns ist bekannt, werte Kollegen der CDU - ich gehe davon aus, dass Frau Richstein gleich darauf eingehen wird -, dass Polen ein Zentralstaat ist. Wir wissen auch, dass Warschau

ein wichtiger Ort ist und viele politische Gespräche in Warschau zu führen sind, aber eben nicht nur dort.

Werte Kollegen von der CDU, Sie wissen selbst, dass ein Verbindungsbüro in Warschau

mit Ihrem Haushaltsantrag von nur 60 000 Euro jährlich nicht realisierbar ist.  
Von daher: Lassen Sie uns auf der Ebene weiterarbeiten, auf der wir gerade sind.  
An der Stelle will ich ganz klar und deutlich Folgendes sagen - das ist nämlich der  
Widerspruch, den Sie in der CDU aufmachen, denn Sie fordern einerseits mehr  
Aktivitäten

in Richtung Polen bzw. in Richtung der europäischen Ebene und andererseits  
die Streichung der Stelle der Staatssekretärin für Europa -: Ich bin froh und glücklich  
darüber, dass wir diese Europa-Staatssekretärin haben, die unter anderem für  
Brandenburg

in Polen und in gemeinsamen Regierungskommissionen unterwegs ist, aber  
eben auch in Brüssel, wo sie für Brandenburg und für ein Europa ganz klar und  
erkennbar  
agiert.

Mit dem Haushalt, werte Kolleginnen und Kollegen, stärken wir zu Recht auch den  
Dialog zu und über Europa sowie unsere NGOs, die eine ganz wichtige Arbeit  
insbesondere

im Bereich der Entwicklungspolitik leisten. Gerade in Zeiten, in denen wir  
darüber diskutieren, welche Ursachen es für Krieg und Flucht und für das Elend auf  
dieser Welt gibt, ist es umso wichtiger, dass unsere NGOs aktiv sind und gemeinsam  
mit uns Ansätze entwickeln, wie Entwicklungspolitik auch tatsächlich Lösungsansätze  
bringen kann.

Diesbezüglich schaue ich in Richtung der AfD und kann nur mit dem Kopf schütteln,  
wenn ich hier die Anträge der AfD lese, die mit ihren Änderungsanträgen zum  
Haushalt

genau die Streichung der Mittel für die NGOs und die Entwicklungspolitik in  
Brandenburg, aber auch die Streichung der Mittel für den Dialog über Europa und zu  
Europa oder eben für unsere Internationalisierungsstrategie fordern.

(Königer [AfD]: Das ist Unfug!)

- Das ist kein Unfug. Wir können uns gern das Protokoll anschauen, in dem der  
Kollege

Wiese das im Ausschuss damit begründet hat - werte Kolleginnen und Kollegen,  
das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen -, dass Brandenburg gar  
nichts mit Europa und Entwicklungspolitik zu tun habe. Ich bitte Sie, werte Kollegen  
von der AfD-Fraktion, wo leben Sie denn?

(Zuruf von der AfD)

Das ist nicht nur Unwissen, sondern Sie handeln mit Ihren Anträgen, die Sie in diesen

Haushalt eingebracht haben, verantwortungslos.

(Beifall DIE LINKE sowie der Abgeordneten von Halem [B90/GRÜNE])

Da sage ich ganz klar: Wir sehen hier unsere europapolitische Verantwortung und nehmen sie auch ernst, und zwar auch mit diesem Einzelplan 04. Wir wollen den Dialog in Europa führen und uns aus Brandenburg heraus weiter in Europa einbringen,

unter anderem mit einem bzw. einer Partnerschaftsbeauftragten für den Ostseeraum, um genau in der Region weiter aktiv zu sein und den Dialog zu führen.

(Zuruf des Abgeordneten Schröder [AfD])

Ich sage ganz klar: Ich will ein soziales und friedliches Europa. Dafür brauchen wir den Dialog und daher wollen wir eben auch, dass Brandenburg sich aktiv einbringt und es uns gemeinsam gelingt - mit dem, was wir aus Brandenburg heraus wollen -, dass Europa auch tatsächlich wieder ein Europa der Solidarität wird. - Vielen Dank.